

Inhalt

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz – AGG

Abschnitt 1 – Allgemeiner Teil	28
§ 1 Ziel des Gesetzes	28
§ 2 Anwendungsbereich	28
§ 3 Begriffsbestimmungen	28
§ 4 Unterschiedliche Behandlung wegen mehrerer Gründe	29
§ 5 Positive Maßnahmen	29
Abschnitt 2 – Schutz der Beschäftigten vor Benachteiligung	29
Unterabschnitt 1 – Verbot der Benachteiligung	29
§ 6 Persönlicher Anwendungsbereich	29
§ 7 Benachteiligungsverbot	30
§ 8 Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen beruflicher Anforderungen	30
§ 9 Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen der Religion oder Weltanschauung	30
§ 10 Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen des Alters	30
Unterabschnitt 2 – Organisationspflichten des Arbeitgebers	31
§ 11 Ausschreibung	31
§ 12 Maßnahmen und Pflichten des Arbeitgebers	31
Unterabschnitt 3 – Rechte der Beschäftigten	32
§ 13 Beschwerderecht	32
§ 14 Leistungsverweigerungsrecht	32
§ 15 Entschädigung und Schadensersatz	32
§ 16 Maßregelungsverbot	32
Unterabschnitt 4 – Ergänzende Vorschriften	33
§ 17 Soziale Verantwortung der Beteiligten	33
§ 18 Mitgliedschaft in Vereinigungen	33
Abschnitt 3 – Schutz vor Benachteiligung im Zivilrechtsverkehr	33
§ 19 Zivilrechtliches Benachteiligungsverbot	33
§ 20 Zulässige unterschiedliche Behandlung	34
§ 21 Ansprüche	34
Abschnitt 4 – Rechtsschutz	35
§ 22 Beweislast	35
§ 23 Unterstützung durch Antidiskriminierungsverbände	35
Abschnitt 5 – Sonderregelungen für öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse	35
§ 24 Sonderregelung für öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse	35
Abschnitt 6 – Antidiskriminierungsstelle des Bundes und Unabhängige Bundesbeauftragte oder Unabhängiger Bundesbeauftragter für Antidiskriminierung	35
§ 25 Antidiskriminierungsstelle des Bundes	35
§ 26 Wahl der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung; Anforderungen	36
§ 26a Rechtsstellung der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	36
§ 26b Amtszeit der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	36
§ 26c Beginn und Ende des Amtsverhältnisses der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung; Amtseid	36
§ 26d Unerlaubte Handlungen und Tätigkeiten der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	37
§ 26e Verschwiegenheitspflicht der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	37
§ 26f Zeugnisverweigerungsrecht der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	38

§ 26g	Anspruch der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung auf Amtsbezüge, Versorgung und auf andere Leistungen.....	38
§ 26h	Verwendung der Geschenke an die Unabhängige Bundesbeauftragte oder den Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	38
§ 26i	Berufsbeschränkung.....	39
§ 27	Aufgaben der Antidiskriminierungsstelle des Bundes.....	39
§ 28	Amtsbefugnisse der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung und Pflicht zur Unterstützung durch Bundesbehörden und öffentliche Stellen des Bundes	40
§ 29	Zusammenarbeit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes mit Nichtregierungsorganisationen und anderen Einrichtungen	40
§ 30	Beirat der Antidiskriminierungsstelle des Bundes.....	40
Abschnitt 7 – Schlussvorschriften.....		41
§ 31	Unabdingbarkeit	41
§ 32	Schlussbestimmung.....	41
§ 33	Übergangsbestimmungen.....	41

Arbeitsgerichtsgesetz (Auszug) – ArbGG

§ 61b	Klage wegen Benachteiligung	48
-------	-----------------------------------	----

Arbeitszeitgesetz – ArbZG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften		50
§ 1	Zweck des Gesetzes.....	50
§ 2	Begriffsbestimmungen.....	50
Zweiter Abschnitt – Werktägliche Arbeitszeit und arbeitsfreie Zeiten.....		50
§ 3	Arbeitszeit der Arbeitnehmer	50
§ 4	Ruhepausen.....	50
§ 5	Ruhezeit	50
§ 6	Nacht- und Schichtarbeit	51
§ 7	Abweichende Regelungen	51
§ 8	Gefährliche Arbeiten	53
Dritter Abschnitt – Sonn- und Feiertagsruhe		53
§ 9	Sonn- und Feiertagsruhe	53
§ 10	Sonn- und Feiertagsbeschäftigung	53
§ 11	Ausgleich für Sonn- und Feiertagsbeschäftigung.....	55
§ 12	Abweichende Regelungen	55
§ 13	Ermächtigung, Anordnung, Bewilligung	55
Vierter Abschnitt – Ausnahmen in besonderen Fällen		56
§ 14	Außergewöhnliche Fälle.....	56
§ 15	Bewilligung, Ermächtigung.....	57
Fünfter Abschnitt – Durchführung des Gesetzes		58
§ 16	Aushang und Arbeitszeitrachweise	58
§ 17	Aufsichtsbehörde.....	58
Sechster Abschnitt – Sonderregelungen		59
§ 18	Nichtanwendung des Gesetzes.....	59
§ 19	Beschäftigung im öffentlichen Dienst.....	59
§ 20	Beschäftigung in der Luftfahrt.....	59
§ 21	Beschäftigung in der Binnenschifffahrt	59
§ 21a	Beschäftigung im Straßentransport.....	60
Siebter Abschnitt – Straf- und Bußgeldvorschriften		61
§ 22	Bußgeldvorschriften	61

§ 23	Strafvorschriften	61
Achter Abschnitt – Schlussvorschriften		61
§ 24	Umsetzung von zwischenstaatlichen Vereinbarungen und Rechtsakten der EG	61
§ 25	Übergangsvorschriften für Tarifverträge	61

Bürgerliches Gesetzbuch (Auszug) – BGB

§ 611a	Arbeitsvertrag	64
§ 612	Vergütung.....	64
§ 612a	Maßregelungsverbot	64

Jugendarbeitsschutzgesetz – JArbSchG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften		66
§ 1	Geltungsbereich	66
§ 1a	Formvorgaben.....	66
§ 2	Kind, Jugendlicher	66
§ 3	Arbeitgeber	66
§ 4	Arbeitszeit	66
Zweiter Abschnitt – Beschäftigung von Kindern		66
§ 5	Verbot der Beschäftigung von Kindern	66
§ 6	Behördliche Ausnahmen für Veranstaltungen	67
§ 7	Beschäftigung von nicht vollzeitschulpflichtigen Kindern	68
Dritter Abschnitt – Beschäftigung Jugendlicher		68
Erster Titel – Arbeitszeit und Freizeit		68
§ 8	Dauer der Arbeitszeit	68
§ 9	Berufsschule	68
§ 10	Prüfungen und außerbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen	69
§ 11	Ruhepausen, Aufenthaltsräume	69
§ 12	Schichtzeit.....	69
§ 13	Tägliche Freizeit.....	70
§ 14	Nachtruhe	70
§ 15	Fünf-Tage-Woche.....	70
§ 16	Samstagsruhe.....	70
§ 17	Sonntagsruhe	71
§ 18	Feiertagsruhe.....	71
§ 19	Urlaub.....	72
§ 20	Binnenschifffahrt.....	72
§ 21	Ausnahmen in besonderen Fällen	73
§ 21a	Abweichende Regelungen	73
§ 21b	Ermächtigung.....	73
Zweiter Titel – Beschäftigungsverbote und -beschränkungen		74
§ 22	Gefährliche Arbeiten	74
§ 23	Akkordarbeit, tempoabhängige Arbeiten	74
§ 24	Arbeiten unter Tage.....	75
§ 25	Verbot der Beschäftigung durch bestimmte Personen.....	75
§ 26	Ermächtigungen	75
§ 27	Behördliche Anordnungen und Ausnahmen.....	76
Dritter Titel – Sonstige Pflichten des Arbeitgebers		76
§ 28	Menschengerechte Gestaltung der Arbeit	76
§ 28a	Beurteilung der Arbeitsbedingungen	77
§ 29	Unterweisung über Gefahren.....	77

§ 30	Häusliche Gemeinschaft.....	77
§ 31	Züchtigungsverbot; Verbot der Abgabe von Alkohol und Tabak	77
Vierter Titel – Gesundheitliche Betreuung.....		77
§ 32	Erstuntersuchung.....	77
§ 33	Erste Nachuntersuchung	78
§ 34	Weitere Nachuntersuchungen.....	78
§ 35	Außerordentliche Nachuntersuchung.....	78
§ 36	Ärztliche Untersuchungen und Wechsel des Arbeitgebers.....	78
§ 37	Inhalt und Durchführung der ärztlichen Untersuchungen.....	78
§ 38	Ergänzungsuntersuchung	79
§ 39	Mitteilung, Bescheinigung	79
§ 40	Bescheinigung mit Gefährdungsvermerk	79
§ 41	Aufbewahren der ärztlichen Bescheinigungen.....	79
§ 42	Eingreifen der Aufsichtsbehörde	79
§ 43	Freistellung für Untersuchungen.....	79
§ 44	Kosten der Untersuchungen.....	80
§ 45	Gegenseitige Unterrichtung der Ärzte	80
§ 46	Ermächtigungen	80
Vierter Abschnitt – Durchführung des Gesetzes		80
Erster Titel – Aushänge und Verzeichnisse		80
§ 47	Bekanntgabe des Gesetzes und der Aufsichtsbehörde	80
§ 48	Information über Arbeitszeit und Pausen	80
§ 49	Verzeichnisse der Jugendlichen	80
§ 50	Auskunft; Vorlage der Verzeichnisse.....	81
Zweiter Titel – Aufsicht.....		81
§ 51	Aufsichtsbehörde; Besichtigungsrechte und Berichtspflicht	81
§ 52	(weggefallen)	81
§ 53	Mitteilung über Verstöße	81
§ 54	Ausnahmebewilligungen.....	81
Dritter Titel – Ausschüsse für Jugendarbeitsschutz.....		82
§ 55	Bildung des Landesausschusses für Jugendarbeitsschutz.....	82
§ 56	Bildung des Ausschusses für Jugendarbeitsschutz bei der Aufsichtsbehörde.....	82
§ 57	Aufgaben der Ausschüsse	83
Fünfter Abschnitt – Straf- und Bußgeldvorschriften		83
§ 58	Bußgeld- und Strafvorschriften	83
§ 59	Bußgeldvorschriften	85
§ 60	Verwaltungsvorschriften für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten	86
Sechster Abschnitt – Schlussvorschriften		86
§ 61	Beschäftigung von Jugendlichen auf Kauffahrteischiffen.....	86
§ 62	Beschäftigung im Vollzug einer Freiheitsentziehung	86
§§ 63–70	(weggefallen)	86
§ 71	(aufgehoben)	86
§ 72	Inkrafttreten.....	86

Ladenschlussgesetz – LadSchlG

Erster Abschnitt – Begriffsbestimmungen.....		90
§ 1	Verkaufsstellen	90
§ 2	Begriffsbestimmungen.....	90
Zweiter Abschnitt – Ladenschlusszeiten		90
§ 3	Allgemeine Ladenschlusszeiten	90
§ 4	Apotheken.....	90

§ 5	Zeitungen und Zeitschriften.....	90
§ 6	Tankstellen	91
§ 7	(weggefallen)	91
§ 8	Verkaufsstellen auf Personenbahnhöfen	91
§ 9	Verkaufsstellen auf Flughäfen und in Fährhäfen.....	91
§ 10	Kur- und Erholungsorte	92
§ 11	Verkauf in ländlichen Gebieten an Sonntagen.....	92
§ 12	Verkauf bestimmter Waren an Sonntagen	92
§ 13	(weggefallen)	92
§ 14	Weitere Verkaufssonntage	92
§ 15	Sonntagsverkauf am 24. Dezember	93
§ 16	(weggefallen)	93
Dritter Abschnitt – Besonderer Schutz der Arbeitnehmer		93
§ 17	Arbeitszeit an Sonn- und Feiertagen.....	93
Vierter Abschnitt – Bestimmungen für einzelne Gewerbe­zweige und für den Marktverkehr		94
§§ 18 und 18a	(weggefallen)	94
§ 19	Marktverkehr	94
§ 20	Sonstiges gewerbliches Feilhalten	94
Fünfter Abschnitt – Durchführung des Gesetzes		95
§ 21	Auslage des Gesetzes, Verzeichnisse	95
§ 22	Aufsicht und Auskunft.....	95
§ 23	Ausnahmen im öffentlichen Interesse.....	95
Sechster Abschnitt – Straftaten und Ordnungswidrigkeiten		96
§ 24	Ordnungswidrigkeiten	96
§ 25	Straftaten	96
§ 26	(weggefallen)	96
Siebenter Abschnitt – Schlussbestimmungen		97
§ 27	Vorbehalt für die Landesgesetzgebung	97
§ 28	Bestimmung der zuständigen Behörden	97
§§ 29 und 30	(weggefallen)	97
§ 31	(Inkrafttreten, Außerkrafttreten)	97

Mutterschutzgesetz – MuSchG

Abschnitt 1 – Allgemeine Vorschriften		100
§ 1	Anwendungsbereich, Ziel des Mutterschutzes	100
§ 2	Begriffsbestimmungen	100
Abschnitt 2 – Gesundheitsschutz		101
Unterabschnitt 1 – Arbeitszeitlicher Gesundheitsschutz		101
§ 3	Schutzfristen vor und nach der Entbindung.....	101
§ 4	Verbot der Mehrarbeit; Ruhezeit.....	102
§ 5	Verbot der Nacharbeit	103
§ 6	Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit.....	103
§ 7	Freistellung für Untersuchungen und zum Stillen	103
§ 8	Beschränkung von Heimarbeit.....	104
Unterabschnitt 2 – Betrieblicher Gesundheitsschutz.....		104
§ 9	Gestaltung der Arbeitsbedingungen; unverantwortbare Gefährdung	104
§ 10	Beurteilung der Arbeitsbedingungen; Schutzmaßnahmen	105
§ 11	Unzulässige Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen für schwangere Frauen	105
§ 12	Unzulässige Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen für stillende Frauen.....	107
§ 13	Rangfolge der Schutzmaßnahmen: Umgestaltung der Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzwechsel und betriebliches Beschäftigungsverbot	108

§ 14	Dokumentation und Information durch den Arbeitgeber	109
§ 15	Mitteilungen und Nachweise der schwangeren und stillenden Frauen	109
Unterabschnitt 3 – Ärztlicher Gesundheitsschutz		110
§ 16	Ärztliches Beschäftigungsverbot	110
Abschnitt 3 – Kündigungsschutz		110
§ 17	Kündigungsverbot	110
Abschnitt 4 – Leistungen		110
§ 18	Mutterschutzlohn	110
§ 19	Mutterschaftsgeld	111
§ 20	Zuschuss zum Mutterschaftsgeld	111
§ 21	Ermittlung des durchschnittlichen Arbeitsentgelts	111
§ 22	Leistungen während der Elternzeit	112
§ 23	Entgelt bei Freistellung für Untersuchungen und zum Stillen	112
§ 24	Fortbestehen des Erholungsurlaubs bei Beschäftigungsverboten	112
§ 25	Beschäftigung nach dem Ende des Beschäftigungsverbots	113
Abschnitt 5 – Durchführung des Gesetzes		113
§ 26	Aushang des Gesetzes	113
§ 27	Mitteilungs- und Aufbewahrungspflichten des Arbeitgebers, Offenbarungsverbot der mit der Überwachung beauftragten Personen	113
§ 28	Behördliches Genehmigungsverfahren für eine Beschäftigung zwischen 20 Uhr und 22 Uhr	114
§ 29	Zuständigkeit und Befugnisse der Aufsichtsbehörden, Jahresbericht	114
§ 30	Ausschuss für Mutterschutz	115
§ 31	Erlass von Rechtsverordnungen	116
Abschnitt 6 – Bußgeldvorschriften, Strafvorschriften		117
§ 32	Bußgeldvorschriften	117
§ 33	Strafvorschriften	117
Abschnitt 7 – Schlussvorschriften		118
§ 34	Evaluationsbericht	118

Arbeitsschutzgesetz – ArbSchG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften		120
§ 1	Zielsetzung und Anwendungsbereich	120
§ 2	Begriffsbestimmungen	120
Zweiter Abschnitt – Pflichten des Arbeitgebers		120
§ 3	Grundpflichten des Arbeitgebers	120
§ 4	Allgemeine Grundsätze	121
§ 5	Beurteilung der Arbeitsbedingungen	121
§ 6	Dokumentation	121
§ 7	Übertragung von Aufgaben	122
§ 8	Zusammenarbeit mehrerer Arbeitgeber	122
§ 9	Besondere Gefahren	122
§ 10	Erste Hilfe und sonstige Notfallmaßnahmen	122
§ 11	Arbeitsmedizinische Vorsorge	123
§ 12	Unterweisung	123
§ 13	Verantwortliche Personen	123
§ 14	Unterrichtung und Anhörung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes	124
Dritter Abschnitt – Pflichten und Rechte der Beschäftigten		124
§ 15	Pflichten der Beschäftigten	124
§ 16	Besondere Unterstützungspflichten	124
§ 17	Rechte der Beschäftigten	124

Vierter Abschnitt – Verordnungsermächtigungen	125
§ 18 Verordnungsermächtigungen	125
§ 19 Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaften und zwischenstaatliche Vereinbarungen	125
§ 20 Regelungen für den öffentlichen Dienst	126
Fünfter Abschnitt – Gemeinsame deutsche Arbeitsschutzstrategie	126
§ 20a Gemeinsame deutsche Arbeitsschutzstrategie	126
§ 20b Nationale Arbeitsschutzkonferenz	127
Sechster Abschnitt – Schlußvorschriften	127
§ 21 Zuständige Behörden, Zusammenwirken mit den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung	127
§ 22 Befugnisse der zuständigen Behörden	129
§ 23 Betriebliche Daten, Zusammenarbeit mit anderen Behörden, Jahresbericht, Bundesfachstelle	130
§ 24 Ermächtigung zum Erlaß von allgemeinen Verwaltungsvorschriften	132
§ 24a Ausschuss für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit	132
§ 25 Bußgeldvorschriften	133
§ 26 Strafvorschriften	133

Arbeitsstättenverordnung – ArbStättV

§ 1 Ziel, Anwendungsbereich	136
§ 2 Begriffsbestimmungen	136
§ 3 Gefährdungsbeurteilung	138
§ 3a Einrichten und Betreiben von Arbeitsstätten	138
§ 4 Besondere Anforderungen an das Betreiben von Arbeitsstätten	139
§ 5 Nichtraucherschutz	139
§ 6 Unterweisung der Beschäftigten	140
§ 7 Ausschuss für Arbeitsstätten	140
§ 8 Übergangsvorschriften	141
§ 9 Straftaten und Ordnungswidrigkeiten	141
Anhang	142

Betriebssicherheitsverordnung (Auszug) – BetrSichV

Abschnitt 1 – Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	158
§ 1 Anwendungsbereich und Zielsetzung	158
§ 2 Begriffsbestimmungen	158
Abschnitt 2 – Gefährdungsbeurteilung und Schutzmaßnahmen	159
§ 3 Gefährdungsbeurteilung	159
§ 4 Grundpflichten des Arbeitgebers	161
§ 5 Anforderungen an die zur Verfügung gestellten Arbeitsmittel	162
§ 6 Grundlegende Schutzmaßnahmen bei der Verwendung von Arbeitsmitteln	163
§ 7 Vereinfachte Vorgehensweise bei der Verwendung von Arbeitsmitteln	163
§ 8 Schutzmaßnahmen bei Gefährdungen durch Energien, Ingangsetzen und Stillsetzen	164
§ 9 Weitere Schutzmaßnahmen bei der Verwendung von Arbeitsmitteln	165
§ 10 Instandhaltung und Änderung von Arbeitsmitteln	166
§ 11 Besondere Betriebszustände, Betriebsstörungen und Unfälle	167
§ 12 Unterweisung und besondere Beauftragung von Beschäftigten	168
§ 13 Zusammenarbeit verschiedener Arbeitgeber	169
§ 14 Prüfung von Arbeitsmitteln	169
Abschnitt 3 – Zusätzliche Vorschriften für überwachungsbedürftige Anlagen	170
§ 15 Prüfung vor Inbetriebnahme und vor Wiederinbetriebnahme nach prüfpflichtigen Änderungen	170
§ 16 Wiederkehrende Prüfung	171
§ 17 Prüfaufzeichnungen und -bescheinigungen	171
§ 18 Erlaubnispflicht	172

Abschnitt 4 – Vollzugsregelungen und Ausschuss für Betriebssicherheit	174
§ 19 Mitteilungspflichten, behördliche Ausnahmen	174
§ 20 Sonderbestimmungen für überwachungsbedürftige Anlagen des Bundes	175
§ 21 Ausschuss für Betriebssicherheit	175
Abschnitt 5 – Ordnungswidrigkeiten und Straftaten, Schlussvorschriften	176
§ 22 Ordnungswidrigkeiten	176
§ 23 Straftaten	178
§ 24 Übergangsvorschriften	178

Bundesdatenschutzgesetz – BDSG

Teil 1 – Gemeinsame Bestimmungen	182
Kapitel 1 – Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	182
§ 1 Anwendungsbereich des Gesetzes	182
§ 2 Begriffsbestimmungen	183
Kapitel 2 – Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten	183
§ 3 Verarbeitung personenbezogener Daten durch öffentliche Stellen	183
§ 4 Videoüberwachung öffentlich zugänglicher Räume	183
Kapitel 3 – Datenschutzbeauftragte öffentlicher Stellen	184
§ 5 Benennung	184
§ 6 Stellung	184
§ 7 Aufgaben	185
Kapitel 4 – Die oder der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	186
§ 8 Errichtung	186
§ 9 Zuständigkeit	186
§ 10 Unabhängigkeit	186
§ 11 Ernennung und Amtszeit	186
§ 12 Amtsverhältnis	187
§ 13 Rechte und Pflichten	188
§ 14 Aufgaben	189
§ 15 Tätigkeitsbericht	190
§ 16 Befugnisse	190
Kapitel 5 – Vertretung im Europäischen Datenschutzausschuss, zentrale Anlaufstelle, Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden des Bundes und der Länder in Angelegenheiten der Europäischen Union	191
§ 17 Vertretung im Europäischen Datenschutzausschuss, zentrale Anlaufstelle	191
§ 18 Verfahren der Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden des Bundes und der Länder	192
§ 19 Zuständigkeiten	192
Kapitel 6 – Rechtsbehelfe	193
§ 20 Gerichtlicher Rechtsschutz	193
§ 21 Antrag der Aufsichtsbehörde auf gerichtliche Entscheidung bei angenommener Rechtswidrigkeit eines Beschlusses der Europäischen Kommission	193
Teil 2 – Durchführungsbestimmungen für Verarbeitungen zu Zwecken gemäß Artikel 2 der Verordnung (EU) 2016/679	194
Kapitel 1 – Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten	194
Abschnitt 1 – Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten und Verarbeitung zu anderen Zwecken	194
§ 22 Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten	194
§ 23 Verarbeitung zu anderen Zwecken durch öffentliche Stellen	195
§ 24 Verarbeitung zu anderen Zwecken durch nichtöffentliche Stellen	196
§ 25 Datenübermittlungen durch öffentliche Stellen	196

Abschnitt 2 – Besondere Verarbeitungssituationen	197
§ 26 Datenverarbeitung für Zwecke des Beschäftigungsverhältnisses	197
§ 27 Datenverarbeitung zu wissenschaftlichen oder historischen Forschungszwecken und zu statistischen Zwecken	198
§ 28 Datenverarbeitung zu im öffentlichen Interesse liegenden Archivzwecken	199
§ 29 Rechte der betroffenen Person und aufsichtsbehördliche Befugnisse im Fall von Geheimhaltungspflichten	199
§ 30 Verbrauchercredite	200
§ 31 Schutz des Wirtschaftsverkehrs bei Scoring und Bonitätsauskünften	200
Kapitel 2 – Rechte der betroffenen Person	201
§ 32 Informationspflicht bei Erhebung von personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person	201
§ 33 Informationspflicht, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden	202
§ 34 Auskunftsrecht der betroffenen Person	203
§ 35 Recht auf Löschung	203
§ 36 Widerspruchsrecht	204
§ 37 Automatisierte Entscheidungen im Einzelfall einschließlich Profiling	204
Kapitel 3 – Pflichten der Verantwortlichen und Auftragsverarbeiter	204
§ 38 Datenschutzbeauftragte nichtöffentlicher Stellen	204
§ 39 Akkreditierung	205
Kapitel 4 – Aufsichtsbehörde für die Datenverarbeitung durch nichtöffentliche Stellen	205
§ 40 Aufsichtsbehörden der Länder	205
Kapitel 5 – Sanktionen	206
§ 41 Anwendung der Vorschriften über das Bußgeld- und Strafverfahren	206
§ 42 Strafvorschriften	206
§ 43 Bußgeldvorschriften	207
Kapitel 6 – Rechtsbehelfe	207
§ 44 Klagen gegen den Verantwortlichen oder Auftragsverarbeiter	207
Teil 3 – Bestimmungen für Verarbeitungen zu Zwecken gemäß Artikel 1 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2016/680	207
Kapitel 1 – Anwendungsbereich, Begriffsbestimmungen und allgemeine Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten	207
§ 45 Anwendungsbereich	207
§ 46 Begriffsbestimmungen	208
§ 47 Allgemeine Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten	210
Kapitel 2 – Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten	210
§ 48 Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten	210
§ 49 Verarbeitung zu anderen Zwecken	210
§ 50 Verarbeitung zu archivarischen, wissenschaftlichen und statistischen Zwecken	211
§ 51 Einwilligung	211
§ 52 Verarbeitung auf Weisung des Verantwortlichen	211
§ 53 Datengeheimnis	211
§ 54 Automatisierte Einzelentscheidung	211
Kapitel 3 – Rechte der betroffenen Person	212
§ 55 Allgemeine Informationen zu Datenverarbeitungen	212
§ 56 Benachrichtigung betroffener Personen	212
§ 57 Auskunftsrecht	212
§ 58 Rechte auf Berichtigung und Löschung sowie Einschränkung der Verarbeitung	214
§ 59 Verfahren für die Ausübung der Rechte der betroffenen Person	215
§ 60 Anrufung der oder des Bundesbeauftragten	215

§ 61	Rechtsschutz gegen Entscheidungen der oder des Bundesbeauftragten oder bei deren oder dessen Untätigkeit	215
Kapitel 4 – Pflichten der Verantwortlichen und Auftragsverarbeiter.....		216
§ 62	Auftragsverarbeitung	216
§ 63	Gemeinsam Verantwortliche	217
§ 64	Anforderungen an die Sicherheit der Datenverarbeitung	217
§ 65	Meldung von Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten an die oder den Bundesbeauftragten	218
§ 66	Benachrichtigung betroffener Personen bei Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten	219
§ 67	Durchführung einer Datenschutz-Folgenabschätzung	220
§ 68	Zusammenarbeit mit der oder dem Bundesbeauftragten	220
§ 69	Anhörung der oder des Bundesbeauftragten	220
§ 70	Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten	221
§ 71	Datenschutz durch Technikgestaltung und datenschutzfreundliche Voreinstellungen.....	222
§ 72	Unterscheidung zwischen verschiedenen Kategorien betroffener Personen.....	222
§ 73	Unterscheidung zwischen Tatsachen und persönlichen Einschätzungen	223
§ 74	Verfahren bei Übermittlungen	223
§ 75	Berichtigung und Löschung personenbezogener Daten sowie Einschränkung der Verarbeitung	223
§ 76	Protokollierung	223
§ 77	Vertrauliche Meldung von Verstößen	224
Kapitel 5 – Datenübermittlungen an Drittstaaten und an internationale Organisationen		224
§ 78	Allgemeine Voraussetzungen	224
§ 79	Datenübermittlung bei geeigneten Garantien	225
§ 80	Datenübermittlung ohne geeignete Garantien	225
§ 81	Sonstige Datenübermittlung an Empfänger in Drittstaaten	226
Kapitel 6 – Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden		226
§ 82	Gegenseitige Amtshilfe	226
Kapitel 7 – Haftung und Sanktionen		227
§ 83	Schadensersatz und Entschädigung	227
§ 84	Strafvorschriften.....	227
Teil 4 – Besondere Bestimmungen für Verarbeitungen im Rahmen von nicht in die Anwendungsbereiche der Verordnung (EU) 2016/679 und der Richtlinie (EU) 2016/680 fallenden Tätigkeiten		227
§ 85	Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen von nicht in die Anwendungsbereiche der Verordnung (EU) 2016/679 und der Richtlinie (EU) 2016/680 fallenden Tätigkeiten	227
§ 86	Verarbeitung personenbezogener Daten für Zwecke staatlicher Auszeichnungen und Ehrungen.....	228

Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – BEEG

Abschnitt 1 – Elterngeld		234
§ 1	Berechtigte	234
§ 2	Höhe des Elterngeldes.....	236
§ 2a	Geschwisterbonus und Mehrlingszuschlag.....	236
§ 2b	Bemessungszeitraum	237
§ 2c	Einkommen aus nichtselbstständiger Erwerbstätigkeit	238
§ 2d	Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit	239
§ 2e	Abzüge für Steuern	239
§ 2f	Abzüge für Sozialabgaben	240
§ 3	Anrechnung von anderen Einnahmen	241
§ 4	Bezugsdauer, Anspruchsumfang	242
§ 4a	Berechnung von Basiselterngeld und Elterngeld Plus	243
§ 4b	Partnerschaftsbonus	244
§ 4c	Alleiniger Bezug durch einen Elternteil.....	244
§ 4d	Weitere Berechtigte	244

Abschnitt 2 – Verfahren und Organisation	245
§ 5 Zusammenreffen von Ansprüchen	245
§ 6 Auszahlung	245
§ 7 Antragstellung	245
§ 8 Auskunftspflicht, Nebenbestimmungen	245
§ 9 Einkommens- und Arbeitszeitznachweis, Auskunftspflicht des Arbeitgebers	246
§ 10 Verhältnis zu anderen Sozialleistungen	246
§ 11 Unterhaltspflichten	247
§ 12 Zuständigkeit; Bewirtschaftung der Mittel	247
§ 13 Rechtsweg	248
§ 14 Bußgeldvorschriften	248
Abschnitt 3 – Elternzeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	248
§ 15 Anspruch auf Elternzeit	248
§ 16 Inanspruchnahme der Elternzeit	250
§ 17 Urlaub	251
§ 18 Kündigungsschutz	251
§ 19 Kündigung zum Ende der Elternzeit	252
§ 20 Zur Berufsbildung Beschäftigte, in Heimarbeit Beschäftigte	252
§ 21 Befristete Arbeitsverträge	252
Abschnitt 4 – Statistik und Schlussvorschriften	252
§ 22 Bundesstatistik	252
§ 23 Auskunftspflicht; Datenübermittlung an das Statistische Bundesamt	253
§ 24 Übermittlung von Tabellen mit statistischen Ergebnissen durch das Statistische Bundesamt	254
§ 24a Übermittlung von Einzelangaben durch das Statistische Bundesamt	254
§ 25 Automatisierter Datenabruf bei den Standesämtern	254
§ 26 Anwendung der Bücher des Sozialgesetzbuches	254
§ 27 Sonderregelung aus Anlass der COVID-19-Pandemie	255
§ 28 Übergangsvorschrift	255

Bundesurlaubsgesetz – BUrlG

§ 1 Urlaubsanspruch	258
§ 2 Geltungsbereich	258
§ 3 Dauer des Urlaubs	258
§ 4 Wartezeit	258
§ 5 Teilurlaub	258
§ 6 Ausschluß von Doppelansprüchen	258
§ 7 Zeitpunkt, Übertragbarkeit und Abgeltung des Urlaubs	258
§ 8 Erwerbstätigkeit während des Urlaubs	259
§ 9 Erkrankung während des Urlaubs	259
§ 10 Maßnahmen der medizinischen Vorsorge oder Rehabilitation	259
§ 11 Urlaubsentgelt	259
§ 12 Urlaub im Bereich der Heimarbeit	259
§ 13 Unabdingbarkeit	260
§ 14 Berlin-Klausel	260
§ 15 Änderung und Aufhebung von Gesetzen	261
§ 15a Übergangsvorschrift	261
§ 16 Inkrafttreten	261

Entgeltfortzahlungsgesetz – EntgFG

§ 1 Anwendungsbereich	264
§ 2 Entgeltzahlung an Feiertagen	264
§ 3 Anspruch auf Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall	264

§ 3a	Anspruch auf Entgeltfortzahlung bei Spende von Organen, Geweben oder Blut zur Separation von Blutstammzellen oder anderen Blutbestandteilen	264
§ 4	Höhe des fortzuzahlenden Arbeitsentgelts	265
§ 4a	Kürzung von Sondervergütungen	265
§ 5	Anzeige- und Nachweispflichten	266
§ 6	Forderungsübergang bei Dritthaftung	266
§ 7	Leistungsverweigerungsrecht des Arbeitgebers	267
§ 8	Beendigung des Arbeitsverhältnisses	267
§ 9	Maßnahmen der medizinischen Vorsorge und Rehabilitation.....	267
§ 10	Wirtschaftliche Sicherung für den Krankheitsfall im Bereich der Heimarbeit.....	267
§ 11	Feiertagsbezahlung der in Heimarbeit Beschäftigten	268
§ 12	Unabdingbarkeit.....	269
§ 13	Übergangsvorschrift.....	269

Familienpflegezeitgesetz – FPfZG

§ 1	Ziel des Gesetzes	272
§ 2	Familienpflegezeit	272
§ 2a	Inanspruchnahme der Familienpflegezeit.....	272
§ 2b	Erneute Familienpflegezeit nach Inanspruchnahme einer Freistellung auf Grundlage der Sonderregelungen aus Anlass der COVID-19-Pandemie.....	273
§ 3	Förderung der pflegebedingten Freistellung von der Arbeitsleistung	273
§ 4	Mitwirkungspflicht des Arbeitgebers	274
§ 5	Ende der Förderfähigkeit	275
§ 6	Rückzahlung des Darlehens.....	275
§ 7	Härtefallregelung.....	275
§ 8	Antrag auf Förderung.....	276
§ 9	Darlehensbescheid und Zahlweise	276
§ 10	Antrag und Nachweis in weiteren Fällen	277
§ 11	Allgemeine Verwaltungsvorschriften	277
§ 12	Bußgeldvorschriften.....	277
§ 13	Aufbringung der Mittel	278
§ 14	Beirat.....	278
§ 15	Übergangsvorschrift.....	278
§ 16	(aufgehoben)	278

Gefahrstoffverordnung (Auszug) – GefStoffV

Abschnitt 1 – Zielsetzung, Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	280
§ 1 Zielsetzung und Anwendungsbereich	280
§ 2 Begriffsbestimmungen	280
Abschnitt 2 – Gefahrstoffinformation	284
§ 3 (weggefallen)	284
§ 4 Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung	284
§ 5 Sicherheitsdatenblatt und sonstige Informationspflichten.....	285
§ 5a Besondere Mitwirkungs- und Informationspflichten für Veranlasser von Tätigkeiten an baulichen oder technischen Anlagen	285
Abschnitt 3 – Gefährdungsbeurteilung und Grundpflichten	285
§ 6 Informationsermittlung und Gefährdungsbeurteilung.....	285
§ 7 Grundpflichten.....	289
Abschnitt 4 – Schutzmaßnahmen	291
§ 8 Allgemeine Schutzmaßnahmen	291
§ 9 Zusätzliche Schutzmaßnahmen.....	293
§ 10 Besondere Schutzmaßnahmen bei Tätigkeiten mit krebserzeugenden, keimzellmutagenen oder reproduktionstoxischen Gefahrstoffen der Kategorie 1A oder 1B	293

§ 10a	Besondere Aufzeichnungs-, Mitteilungs- und Unterrichtungspflichten bei Tätigkeiten mit krebserzeugenden, keimzellmutagenen oder reproduktionstoxischen Gefahrstoffen der Kategorie 1A oder 1B	295
§ 11	Verwendungs- und Tätigkeitsbeschränkungen für Asbest	296
§ 11a	Anforderungen an Tätigkeiten mit Asbest	297
§ 12	Besondere Schutzmaßnahmen gegen physikalisch-chemische Einwirkungen, insbesondere gegen Brand- und Explosionsgefährdungen	299
§ 13	Betriebsstörungen, Unfälle und Notfälle	299
§ 14	Unterrichtung und Unterweisung der Beschäftigten	300
§ 15	Zusammenarbeit verschiedener Firmen	301
Abschnitt 4a – Anforderungen an die Verwendung von Biozid-Produkten einschließlich der Begasung sowie an Begasungen mit Pflanzenschutzmitteln		302
§ 15a	Verwendungsbeschränkungen	302
§ 15b	Allgemeine Anforderungen an die Verwendung von Biozid-Produkten	302
§ 15c	Besondere Anforderungen an die Verwendung bestimmter Biozid-Produkte	303
§ 15d	Besondere Anforderungen bei Begasungen	303
§ 15e	Ergänzende Dokumentationspflichten	304
§ 15f	Anforderungen an den Umgang mit Transporteinheiten	305
§ 15g	Besondere Anforderungen an Begasungen auf Schiffen	305
§ 15h	Ausnahmen von Abschnitt 4a	306
Abschnitt 5 – Verbote und Beschränkungen		306
§ 16	Herstellungs- und Verwendungs- beschränkungen	306
§ 17	Nationale Ausnahmen von Beschränkungsregelungen nach der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006	306
Abschnitt 6 – Vollzugsregelungen und Ausschuss für Gefahrstoffe		306
§ 18	Unterrichtung der Behörde	306
§ 19	Behördliche Ausnahmen, Anordnungen und Befugnisse	307
§ 19a	Anerkennung ausländischer Qualifikationen	308
§ 20	Ausschuss für Gefahrstoffe	308
Abschnitt 7 – Ordnungswidrigkeiten, Straftaten und Übergangsvorschriften		309
§ 21	Chemikaliengesetz – Anzeigen	309
§ 22	Chemikaliengesetz – Tätigkeiten	310
§ 23	(weggefallen)	312
§ 24	Chemikaliengesetz – Herstellungs- und Verwendungsbeschränkungen	312
§ 25	Übergangsvorschrift	312

Geschäftsgeheimnisschutzgesetz – GeschGehG

Abschnitt 1 – Allgemeines		316
§ 1	Anwendungsbereich	316
§ 2	Begriffsbestimmungen	316
§ 3	Erlaubte Handlungen	316
§ 4	Handlungsverbote	317
§ 5	Ausnahmen	317
Abschnitt 2 – Ansprüche bei Rechtsverletzungen		317
§ 6	Beseitigung und Unterlassung	317
§ 7	Vernichtung; Herausgabe; Rückruf; Entfernung und Rücknahme vom Markt	318
§ 8	Auskunft über rechtsverletzende Produkte; Schadensersatz bei Verletzung der Auskunftspflicht	318
§ 9	Anspruchsausschluss bei Unverhältnismäßigkeit	318
§ 10	Haftung des Rechtsverletzers	318
§ 11	Abfindung in Geld	319
§ 12	Haftung des Inhabers eines Unternehmens	319
§ 13	Herausgabeanspruch nach Eintritt der Verjährung	319
§ 14	Missbrauchsverbot	319

Abschnitt 3 – Verfahren in Geschäftsgeheimnisstreitsachen	319
§ 15 Sachliche und örtliche Zuständigkeit; Verordnungsermächtigung.....	319
§ 16 Geheimhaltung.....	320
§ 17 Ordnungsmittel.....	320
§ 18 Geheimhaltung nach Abschluss des Verfahrens	320
§ 19 Weitere gerichtliche Beschränkungen.....	320
§ 20 Verfahren bei Maßnahmen nach den §§ 16 bis 19.....	321
§ 21 Bekanntmachung des Urteils	321
§ 22 Streitwertbegünstigung.....	322
Abschnitt 4 – Strafvorschriften	322
§ 23 Verletzung von Geschäftsgeheimnissen	322

Hinweisgeberschutzgesetz – HinSchG

Abschnitt 1 – Allgemeine Vorschriften	326
§ 1 Zielsetzung und persönlicher Anwendungsbereich	326
§ 2 Sachlicher Anwendungsbereich	326
§ 3 Begriffsbestimmungen	327
§ 4 Verhältnis zu sonstigen Bestimmungen	328
§ 5 Vorrang von Sicherheitsinteressen sowie Verschwiegenheits- und Geheimhaltungspflichten	330
§ 6 Verhältnis zu sonstigen Verschwiegenheits- und Geheimhaltungspflichten	331
Abschnitt 2 – Meldungen	332
Unterabschnitt 1 – Grundsätze	332
§ 7 Wahlrecht zwischen interner und externer Meldung	332
§ 8 Vertraulichkeitsgebot	332
§ 9 Ausnahmen vom Vertraulichkeitsgebot.....	333
§ 10 Verarbeitung personenbezogener Daten	334
§ 11 Dokumentation der Meldungen	334
Unterabschnitt 2 – Interne Meldungen	335
§ 12 Pflicht zur Einrichtung interner Meldestellen	335
§ 13 Aufgaben der internen Meldestellen	335
§ 14 Organisationsformen interner Meldestellen	336
§ 15 Unabhängige Tätigkeit; notwendige Fachkunde.....	336
§ 16 Meldekanäle für interne Meldestellen	336
§ 17 Verfahren bei internen Meldungen.....	337
§ 18 Folgemaßnahmen der internen Meldestelle.....	337
Unterabschnitt 3 – Externe Meldestellen.....	337
§ 19 Errichtung und Zuständigkeit einer externen Meldestelle des Bundes	337
§ 20 Errichtung und Zuständigkeit externer Meldestellen der Länder	338
§ 21 Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht als externe Meldestelle	338
§ 22 Bundeskartellamt als externe Meldestelle	338
§ 23 Weitere externe Meldestellen	338
§ 24 Aufgaben der externen Meldestellen	338
§ 25 Unabhängige Tätigkeit; Schulung	339
§ 26 Berichtspflichten der externen Meldestellen	339
Unterabschnitt 4 – Externe Meldungen.....	339
§ 27 Meldekanäle für externe Meldestellen.....	339
§ 28 Verfahren bei externen Meldungen	340
§ 29 Folgemaßnahmen der externen Meldestellen.....	340
§ 30 Zusammenarbeit mit anderen öffentlichen Stellen.....	341
§ 31 Abschluss des Verfahrens	341
Abschnitt 3 – Offenlegung.....	342
§ 32 Offenlegen von Informationen	342

Abschnitt 4 – Schutzmaßnahmen	342
§ 33 Voraussetzungen für den Schutz hinweisgebender Personen	342
§ 34 Weitere geschützte Personen	342
§ 35 Ausschluss der Verantwortlichkeit.....	343
§ 36 Verbot von Repressalien; Beweislastumkehr.....	343
§ 37 Schadensersatz nach Repressalien	343
§ 38 Schadensersatz nach einer Falschmeldung	343
§ 39 Verbot abweichender Vereinbarungen	344
Abschnitt 5 – Sanktionen	344
§ 40 Bußgeldvorschriften.....	344
Abschnitt 6 – Schlussvorschriften	344
§ 41 Verordnungsermächtigung.....	344
§ 42 Übergangsregelung.....	344

Kinderarbeitsschutzverordnung – KindArbSchV

§ 1 Beschäftigungsverbot	346
§ 2 Zulässige Beschäftigungen	346
§ 3 Behördliche Befugnisse.....	346
§ 4 Inkrafttreten	346

Kündigungsschutzgesetz – KSchG

Erster Abschnitt – Allgemeiner Kündigungsschutz.....	348
§ 1 Sozial ungerechtfertigte Kündigungen	348
§ 1a Abfindungsanspruch bei betriebsbedingter Kündigung.....	349
§ 2 Änderungskündigung.....	349
§ 3 Kündigungseinspruch	349
§ 4 Anrufung des Arbeitsgerichts	349
§ 5 Zulassung verspäteter Klagen	350
§ 6 Verlängerte Anrufungsfrist	350
§ 7 Wirksamwerden der Kündigung.....	350
§ 8 Wiederherstellung der früheren Arbeitsbedingungen	350
§ 9 Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch Urteil des Gerichts, Abfindung des Arbeitnehmers	350
§ 10 Höhe der Abfindung	351
§ 11 Anrechnung auf entgangenen Zwischenverdienst	351
§ 12 Neues Arbeitsverhältnis des Arbeitnehmers, Auflösung des alten Arbeitsverhältnisses	351
§ 13 Außerordentliche, sittenwidrige und sonstige Kündigungen	351
§ 14 Angestellte in leitender Stellung	352
Zweiter Abschnitt – Kündigungsschutz im Rahmen der Betriebsverfassung und Personalvertretung	352
§ 15 Unzulässigkeit der Kündigung.....	352
§ 16 Neues Arbeitsverhältnis, Auflösung des alten Arbeitsverhältnisses	353
Dritter Abschnitt – Anzeigepflichtige Entlassungen.....	354
§ 17 Anzeigepflicht	354
§ 18 Entlassungssperre	355
§ 19 Zulässigkeit von Kurzarbeit	355
§ 20 Entscheidungen der Agentur für Arbeit	355
§ 21 Entscheidungen der Zentrale der Bundesagentur für Arbeit	356
§ 22 Ausnahmebetriebe.....	356
Vierter Abschnitt – Schlußbestimmungen.....	356
§ 23 Geltungsbereich	356
§ 24 Anwendung des Gesetzes auf Betriebe der Schifffahrt und des Luftverkehrs	356
§ 25 Kündigung in Arbeitskämpfen.....	357

§ 25a	Berlin-Klausel	357
§ 26	Inkrafttreten	357

Mindestlohngesetz – MiLoG

Abschnitt 1 – Festsetzung des allgemeinen Mindestlohns	360
Unterabschnitt 1 – Inhalt des Mindestlohns.....	360
§ 1 Mindestlohn.....	360
§ 2 Fälligkeit des Mindestlohns.....	360
§ 3 Unabdingbarkeit des Mindestlohns.....	360
Unterabschnitt 2 – Mindestlohnkommission.....	360
§ 4 Aufgabe und Zusammensetzung.....	360
§ 5 Stimmberechtigte Mitglieder.....	361
§ 6 Vorsitz	361
§ 7 Beratende Mitglieder	361
§ 8 Rechtsstellung der Mitglieder	361
§ 9 Beschluss der Mindestlohnkommission.....	362
§ 10 Verfahren der Mindestlohnkommission	362
§ 11 Rechtsverordnung.....	363
§ 12 Geschäfts- und Informationsstelle für den Mindestlohn; Kostenträgerschaft	363
Abschnitt 2 – Zivilrechtliche Durchsetzung.....	363
§ 13 Haftung des Auftraggebers	363
Abschnitt 3 – Kontrolle und Durchsetzung durch staatliche Behörden.....	363
§ 14 Zuständigkeit.....	363
§ 15 Befugnisse der Behörden der Zollverwaltung und anderer Behörden; Mitwirkungspflichten des Arbeitgebers	363
§ 16 Meldepflicht.....	364
§ 17 Erstellen und Bereithalten von Dokumenten.....	365
§ 18 Zusammenarbeit der in- und ausländischen Behörden.....	367
§ 19 Ausschluss von der Vergabe öffentlicher Aufträge.....	368
§ 20 Pflichten des Arbeitgebers zur Zahlung des Mindestlohns.....	368
§ 21 Bußgeldvorschriften.....	368
Abschnitt 4 – Schlussvorschriften	369
§ 22 Persönlicher Anwendungsbereich.....	369
§ 23 Evaluation.....	370
§ 24 Übergangsregelung.....	370

Fünfte Mindestlohnanpassungsverordnung – MiLoV5

§ 1	Höhe des Mindestlohn.....	372
§ 2	Inkrafttreten	372

Nachweisgesetz – NachwG

§ 1	Anwendungsbereich	374
§ 2	Nachweispflicht	374
§ 3	Änderung der Angaben	376
§ 4	Bußgeldvorschriften.....	377
§ 5	Übergangsvorschrift	377
§ 6	Unabdingbarkeit.....	377

Pflegezeitgesetz – PflegeZG

§ 1	Ziel des Gesetzes	380
§ 2	Kurzzeitige Arbeitsverhinderung	380
§ 3	Pflegezeit und sonstige Freistellungen	380
§ 4	Dauer der Inanspruchnahme	381
§ 4a	Erneute Pflegezeit nach Inanspruchnahme einer Freistellung auf Grundlage der Sonderregelungen aus Anlass der COVID-19-Pandemie	382
§ 5	Kündigungsschutz	382
§ 6	Befristete Verträge	382
§ 7	Begriffsbestimmungen	383
§ 8	Unabdingbarkeit	383
§ 9	(aufgehoben)	383

Siebttes Buch Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Unfallversicherung (Auszug) – SGB VII

Erstes Kapitel – Aufgaben, versicherter Personenkreis, Versicherungsfall.....	386
Erster Abschnitt – Aufgaben der Unfallversicherung.....	386
§ 1 Prävention, Rehabilitation, Entschädigung	386
Zweiter Abschnitt – Versicherter Personenkreis.....	386
§ 2 Versicherung kraft Gesetzes	386
§ 3 Versicherung kraft Satzung	389
§ 4 Versicherungsfreiheit	390
§ 6 Freiwillige Versicherung.....	391
Dritter Abschnitt – Versicherungsfall.....	391
§ 7 Begriff.....	391
§ 8 Arbeitsunfall	391
§ 9 Berufskrankheit.....	392
§ 11 Mittelbare Folgen eines Versicherungsfalls	395
§ 12 Versicherungsfall einer Leibesfrucht	395
§ 12a Gesundheitsschaden im Zusammenhang mit der Spende von Blut oder körpereigenen Organen, Organanteilen oder Gewebe	395
§ 13 Sachschäden bei Hilfeleistungen	395
Zweites Kapitel – Prävention.....	396
§ 14 Grundsatz	396
§ 15 Unfallverhütungsvorschriften	396
§ 16 Geltung bei Zuständigkeit anderer Unfallversicherungsträger und für ausländische Unternehmen	398
§ 17 Überwachung und Beratung.....	398
§ 18 Aufsichtspersonen	398
§ 19 Befugnisse der Aufsichtspersonen	398
§ 20 Zusammenarbeit mit Dritten	399
§ 21 Verantwortung des Unternehmers, Mitwirkung der Versicherten	401
§ 22 Sicherheitsbeauftragte	401
§ 23 Aus- und Fortbildung.....	402
§ 24 Überbetrieblicher arbeitsmedizinischer und sicherheitstechnischer Dienst.....	402
Drittes Kapitel – Leistungen nach Eintritt eines Versicherungsfalls	402
Erster Abschnitt – Heilbehandlung, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Leistungen zur Sozialen Teilhabe und ergänzende Leistungen, Pflege, Geldleistungen.....	402
Erster Unterabschnitt – Anspruch und Leistungsarten	402
§ 26 Grundsatz	402

Zweiter Unterabschnitt – Heilbehandlung.....	403
§ 27 Umfang der Heilbehandlung, Anschluss an die Telematikinfrasturktur	403
§ 27a Nutzung der Telematikinfrasturktur.....	404
§ 28 Ärztliche und zahnärztliche Behandlung	404
§ 29 Arznei- und Verbandmittel	404
§ 30 Heilmittel.....	404
§ 31 Hilfsmittel.....	404
§ 32 Häusliche Krankenpflege	405
§ 33 Behandlung in Krankenhäusern und Rehabilitationseinrichtungen	405
§ 34 Durchführung der Heilbehandlung	405
Dritter Unterabschnitt – Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	406
§ 35 Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	406
Vierter Unterabschnitt – Leistungen zur Sozialen Teilhabe und ergänzende Leistungen	407
§ 39 Leistungen zur Sozialen Teilhabe und ergänzende Leistungen	407
§ 40 Kraftfahrzeughilfe	407
§ 41 Wohnungshilfe.....	407
§ 42 Haushaltshilfe und Kinderbetreuungskosten	407
§ 43 Reisekosten.....	407
Fünfter Unterabschnitt – Leistungen bei Pflegebedürftigkeit.....	408
§ 44 Pflege	408
Sechster Unterabschnitt – Geldleistungen während der Heilbehandlung und der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben.....	409
§ 45 Voraussetzungen für das Verletztengeld.....	409
§ 46 Beginn und Ende des Verletztengeldes.....	409
§ 47 Höhe des Verletztengeldes.....	410
§ 47a Beitragszahlung der Unfallversicherungsträger an berufsständische Versorgungseinrichtungen und private Krankenversicherungen	411
§ 48 Verletztengeld bei Wiedererkrankung	411
§ 49 Übergangsgeld	411
§ 50 Höhe und Berechnung des Übergangsgeldes.....	412
§ 52 Anrechnung von Einkommen auf Verletzten- und Übergangsgeld	412
Zweiter Abschnitt – Renten, Beihilfen, Abfindungen	412
Erster Unterabschnitt – Renten an Versicherte	412
§ 56 Voraussetzungen und Höhe des Rentenanspruchs	412
§ 57 Erhöhung der Rente bei Schwerverletzten.....	413
§ 58 Erhöhung der Rente bei Arbeitslosigkeit	413
§ 59 Höchstbetrag bei mehreren Renten	413
§ 60 Minderung bei Heimpflege	413
§ 62 Rente als vorläufige Entschädigung	413
Dritter Unterabschnitt – Beginn, Änderung und Ende von Renten.....	413
§ 72 Beginn von Renten.....	413
§ 73 Änderungen und Ende von Renten	414
§ 74 Ausnahmeregelungen für die Änderung von Renten	414
Vierter Unterabschnitt – Abfindung	414
§ 75 Abfindung mit einer Gesamtvergütung.....	414
§ 76 Abfindung bei Minderung der Erwerbsfähigkeit unter 40 vom Hundert	415
§ 77 Wiederaufleben der abgefundenen Rente	415
§ 78 Abfindung bei Minderung der Erwerbsfähigkeit ab 40 vom Hundert.....	415
§ 79 Umfang der Abfindung.....	415
§ 80 Abfindung bei Wiederheirat.....	415

Dritter Abschnitt – Jahresarbeitsverdienst.....	416
Erster Unterabschnitt – Allgemeines	416
§ 81 Jahresarbeitsverdienst als Berechnungsgrundlage	416
Zweiter Unterabschnitt – Erstmalige Festsetzung.....	416
§ 82 Regelberechnung	416
§ 83 Jahresarbeitsverdienst kraft Satzung.....	417
§ 84 Jahresarbeitsverdienst bei Berufskrankheiten	417
§ 85 Mindest- und Höchstjahresarbeitsverdienst	417
§ 87 Jahresarbeitsverdienst nach billigem Ermessen	418
§ 88 Erhöhung des Jahresarbeitsverdienstes für Hinterbliebene.....	418
§ 89 Berücksichtigung von Anpassungen.....	418
Dritter Unterabschnitt – Neufestsetzung	418
§ 90 Neufestsetzung nach Altersstufen.....	418
§ 91 Neufestsetzung nach Schul- oder Berufsausbildung	418
Vierter Abschnitt – Mehrleistungen	419
§ 94 Mehrleistungen	419
Fünfter Abschnitt – Gemeinsame Vorschriften für Leistungen.....	419
§ 95 Anpassung von Geldleistungen.....	419
§ 96 Fälligkeit, Auszahlung und Berechnungsgrundsätze.....	420
§ 97 Leistungen ins Ausland.....	421
§ 98 Anrechnung anderer Leistungen.....	421
§ 101 Ausschluß oder Minderung von Leistungen.....	421
§ 102 Schriftform.....	422
§ 103 Zwischennachricht, Unfalluntersuchung.....	422
Viertes Kapitel – Haftung von Unternehmern, Unternehmensangehörigen und anderen Personen	422
Erster Abschnitt – Beschränkung der Haftung gegenüber Versicherten, ihren Angehörigen und Hinterbliebenen.....	422
§ 104 Beschränkung der Haftung der Unternehmer.....	422
§ 105 Beschränkung der Haftung anderer im Betrieb tätiger Personen.....	422
§ 106 Beschränkung der Haftung anderer Personen	423
§ 108 Bindung der Gerichte	423
§ 109 Feststellungsberechtigung von in der Haftung beschränkten Personen	423
Zweiter Abschnitt – Haftung gegenüber den Sozialversicherungsträgern.....	423
§ 110 Haftung gegenüber den Sozialversicherungsträgern	423
§ 111 Haftung des Unternehmens	424
§ 112 Bindung der Gerichte	424
§ 113 Verjährung	424
Fünftes Kapitel – Organisation	424
Erster Abschnitt – Unfallversicherungsträger	424
§ 114 Unfallversicherungsträger	424
Vierter Unterabschnitt – Gemeinsame Vorschriften über die Zuständigkeit.....	425
§ 130 Örtliche Zuständigkeit.....	425
§ 131 Zuständigkeit für Hilfs- und Nebenunternehmen	425
§ 132 Zuständigkeit für Unfallversicherungsträger.....	426
§ 133 Zuständigkeit für Versicherte	426
§ 134 Zuständigkeit bei Berufskrankheiten	426
§ 135 Versicherung nach mehreren Vorschriften.....	426
§ 136 Bescheid über die Zuständigkeit, Begriff des Unternehmers	427
§ 136c Betriebsstättenverzeichnis.....	428
§ 137 Wirkung von Zuständigkeitsänderungen.....	429

§ 138	Unterrichtung der Versicherten	430
§ 139	Vorläufige Zuständigkeit.....	430
§ 139a	Deutsche Verbindungsstelle Unfallversicherung – Ausland	430
Dritter Abschnitt – Weitere Versicherungseinrichtungen		430
§ 140	Haftpflicht- und Auslandsversicherung	430
§ 141	Träger der Versicherungseinrichtungen, Aufsicht.....	431
Sechstes Kapitel – Aufbringung der Mittel.....		431
Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften		431
Erster Unterabschnitt – Beitragspflicht		431
§ 150	Beitragspflichtige	431
§ 151	Beitragserhebung bei überbetrieblichen arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Diensten ...	432
Zweiter Abschnitt – Beziehungen der Unfallversicherungsträger zu Dritten		432
§ 191	Unterstützungspflicht der Unternehmer	432
§ 192	Mitteilungs- und Auskunftspflichten von Unternehmern und Bauherren	432
§ 193	Pflicht zur Anzeige eines Versicherungsfalls durch die Unternehmer.....	433
§ 195	Unterstützungs- und Mitteilungspflichten von Kammern und der für die Erteilung einer Gewerbe- oder Bauerlaubnis zuständigen Behörden.....	434
Achstes Kapitel – Datenschutz		434
Erster Abschnitt – Grundsätze		434
§ 199	Verarbeitung von Daten durch die Unfallversicherungsträger.....	434
§ 200	Einschränkung der Übermittlungsbefugnis.....	435
Zweiter Abschnitt – Datenverarbeitung durch Ärzte.....		435
§ 201	Erhebung, Speicherung und Übermittlung von Daten durch Ärzte und Psychotherapeuten.....	435
§ 202	Anzeigepflicht von Ärzten bei Berufskrankheiten	435
§ 203	Auskunftspflicht von Ärzten.....	435
Vierter Abschnitt – Sonstige Vorschriften.....		436
§ 206	Verarbeitung von Daten für die Forschung zur Bekämpfung von Berufskrankheiten	436
§ 207	Verarbeitung von Daten zur Verhütung von Versicherungsfällen und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren	437
Neuntes Kapitel – Bußgeldvorschriften		437
§ 209	Bußgeldvorschriften.....	437
§ 210	Zuständige Verwaltungsbehörde	438
§ 211	Zusammenarbeit bei der Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten	438
Zehntes Kapitel – Übergangsrecht		439
§ 219a	Altersrückstellungen	439

Sozialgesetzbuch Neuntes Buch – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (Auszug) – SGB IX

Teil 1 – Regelungen für Menschen mit Behinderungen und von Behinderung bedrohte Menschen.....		442
Kapitel 1 – Allgemeine Vorschriften		442
§ 2	Begriffsbestimmungen	442
Kapitel 10 – Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben		442
§ 49	Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Verordnungsermächtigung	442
§ 50	Leistungen an Arbeitgeber	444
§ 51	Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation	445
§ 52	Rechtsstellung der Teilnehmenden	445
§ 53	Dauer von Leistungen.....	446
§ 54	Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit.....	446

§ 55	Unterstützte Beschäftigung.....	446
§ 56	Leistungen in Werkstätten für behinderte Menschen.....	447
§ 57	Leistungen im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich.....	447
§ 58	Leistungen im Arbeitsbereich.....	448
§ 60	Andere Leistungsanbieter	449
§ 61	Budget für Arbeit	449
§ 61a	Budget für Ausbildung	450
§ 62	Wahlrecht des Menschen mit Behinderungen.....	450
§ 63	Zuständigkeit nach den Leistungsgesetzen.....	451
Kapitel 11	- Unterhaltssichernde und andere ergänzende Leistungen	451
§ 64	Ergänzende Leistungen	451
§ 65	Leistungen zum Lebensunterhalt	452
§ 66	Höhe und Berechnung des Übergangsgelds.....	453
§ 67	Berechnung des Regelentgelts	454
§ 68	Berechnungsgrundlage in Sonderfällen	454
§ 69	Kontinuität der Bemessungsgrundlage.....	455
§ 70	Anpassung der Entgeltsatzleistungen	455
§ 71	Weiterzahlung der Leistungen	455
§ 72	Einkommensanrechnung	456
Teil 2	- Besondere Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung für Menschen mit Behinderungen (Eingliederungshilferecht).....	457
Kapitel 1	- Allgemeine Vorschriften	457
§ 97	Fachkräfte.....	457
Kapitel 4	- Teilhabe am Arbeitsleben	457
§ 111	Leistungen zur Beschäftigung.....	457
Teil 3	- Besondere Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen (Schwerbehindertenrecht)	458
Kapitel 1	- Geschützter Personenkreis.....	458
§ 151	Geltungsbereich	458
Kapitel 2	- Beschäftigungspflicht der Arbeitgeber.....	458
§ 154	Pflicht der Arbeitgeber zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen.....	458
§ 155	Beschäftigung besonderer Gruppen schwerbehinderter Menschen	459
§ 156	Begriff des Arbeitsplatzes.....	459
§ 157	Berechnung der Mindestzahl von Arbeitsplätzen und der Pflichtarbeitsplatzzahl	460
§ 158	Anrechnung Beschäftigter auf die Zahl der Pflichtarbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen.....	460
§ 159	Mehrfachanrechnung	460
§ 160	Ausgleichsabgabe	461
§ 161	Ausgleichsfonds	462
§ 162	Verordnungsermächtigungen.....	463
Kapitel 3	- Sonstige Pflichten der Arbeitgeber; Rechte der schwerbehinderten Menschen	463
§ 163	Zusammenwirken der Arbeitgeber mit der Bundesagentur für Arbeit und den Integrationsämtern	463
§ 164	Pflichten des Arbeitgebers und Rechte schwerbehinderter Menschen.....	464
§ 165	Besondere Pflichten der öffentlichen Arbeitgeber.....	465
§ 166	Inklusionsvereinbarung	466
§ 167	Prävention.....	466
Kapitel 4	- Kündigungsschutz	467
§ 168	Erfordernis der Zustimmung	467
§ 169	Kündigungsfrist	467
§ 170	Antragsverfahren.....	467
§ 171	Entscheidung des Integrationsamtes	467
§ 172	Einschränkungen der Ermessensentscheidung	467
§ 173	Ausnahmen	468

§ 174	Außerordentliche Kündigung	469
§ 175	Erweiterter Beendigungsschutz	469
Kapitel 5 – Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- und Präsidialrat, Schwerbehindertenvertretung, Inklusionsbeauftragter des Arbeitgebers		
§ 176	Aufgaben des Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- und Präsidialrates	469
§ 178	Aufgaben der Schwerbehindertenvertretung.....	469
§ 181	Inklusionsbeauftragter des Arbeitgebers	471
§ 182	Zusammenarbeit.....	471
Kapitel 6 – Durchführung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen.....		
§ 185a	Einheitliche Ansprechstellen für Arbeitgeber	471
Kapitel 7 – Integrationsfachdienste		
§ 192	Begriff und Personenkreis	472
§ 193	Aufgaben.....	472
Kapitel 8 – Beendigung der Anwendung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter und gleichgestellter behinderter Menschen		
§ 199	Beendigung der Anwendung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen	473
§ 200	Entziehung der besonderen Hilfen für schwerbehinderte Menschen.....	473
Kapitel 10 – Sonstige Vorschriften		
§ 205	Vorrang der schwerbehinderten Menschen	474
§ 206	Arbeitsentgelt und Dienstbezüge.....	474
§ 207	Mehrarbeit.....	474
§ 208	Zusatzurlaub.....	474
§ 209	Nachteilsausgleich.....	474
§ 210	Beschäftigung schwerbehinderter Menschen in Heimarbeit.....	475
Kapitel 11 – Inklusionsbetriebe.....		
§ 215	Begriff und Personenkreis	475
§ 216	Aufgaben.....	476
Kapitel 12 – Werkstätten für behinderte Menschen.....		
§ 223	Anrechnung von Aufträgen auf die Ausgleichsabgabe.....	476
Kapitel 14 – Straf-, Bußgeld- und Schlussvorschriften		
§ 237a	Strafvorschriften.....	477
§ 237b	Strafvorschriften.....	477
§ 238	Bußgeldvorschriften.....	477
§ 241	Übergangsregelung.....	478

Strafgesetzbuch (Auszug) – StGB

Besonderer Teil	480
Siebenter Abschnitt – Straftaten gegen die öffentliche Ordnung	480
§ 131 Gewaltdarstellung	480
Zehnter Abschnitt – Falsche Verdächtigung	480
§ 164 Falsche Verdächtigung	480
Dreizehnter Abschnitt – Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	480
§ 174 Sexueller Mißbrauch von Schutzbefohlenen	480
§ 177 Sexueller Übergriff; sexuelle Nötigung; Vergewaltigung	481
§ 180 Förderung sexueller Handlungen Minderjähriger	482
§ 182 Sexueller Mißbrauch von Jugendlichen	483
§ 184i Sexuelle Belästigung	483
§ 184k Verletzung des Intimbereichs durch Bildaufnahmen	483

Vierzehnter Abschnitt – Beleidigung.....	484
§ 185 Beleidigung.....	484
§ 186 Üble Nachrede.....	484
§ 187 Verleumdung.....	484
Fünfzehnter Abschnitt – Verletzung des persönlichen Lebens- und Geheimbereichs	484
§ 201 Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes.....	484
§ 201a Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs und von Persönlichkeitsrechten durch Bildaufnahmen.....	485
Siebzehnter Abschnitt – Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit	486
§ 223 Körperverletzung.....	486
§ 224 Gefährliche Körperverletzung	486
§ 225 Mißhandlung von Schutzbefohlenen	486
Achtzehnter Abschnitt – Straftaten gegen die persönliche Freiheit.....	486
§ 238 Nachstellung.....	486
§ 240 Nötigung.....	487
§ 241 Bedrohung.....	488

Teilzeit- und Befristungsgesetz – TzBfG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften Teilzeit- und Befristungsgesetz	490
§ 1 Zielsetzung	490
§ 2 Begriff des teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmers.....	490
§ 3 Begriff des befristet beschäftigten Arbeitnehmers.....	490
§ 4 Verbot der Diskriminierung.....	490
§ 5 Benachteiligungsverbot	491
Zweiter Abschnitt – Teilzeitarbeit.....	491
§ 6 Förderung von Teilzeitarbeit.....	491
§ 7 Ausschreibung; Erörterung; Information über freie Arbeitsplätze	491
§ 8 Zeitlich nicht begrenzte Verringerung der Arbeitszeit.....	491
§ 9 Verlängerung der Arbeitszeit	492
§ 9a Zeitlich begrenzte Verringerung der Arbeitszeit	492
§ 10 Aus- und Weiterbildung.....	493
§ 11 Kündigungsverbot	493
§ 12 Arbeit auf Abruf	494
§ 13 Arbeitsplatzteilung	494
Dritter Abschnitt – Befristete Arbeitsverträge	495
§ 14 Zulässigkeit der Befristung.....	495
§ 15 Ende des befristeten Arbeitsvertrages	496
§ 16 Folgen unwirksamer Befristung	496
§ 17 Anrufung des Arbeitsgerichts	496
§ 18 Information über unbefristete Arbeitsplätze	496
§ 19 Aus- und Weiterbildung.....	497
§ 20 Information der Arbeitnehmervertretung	497
§ 21 Auflösend bedingte Arbeitsverträge	497
Vierter Abschnitt – Gemeinsame Vorschriften	497
§ 22 Abweichende Vereinbarungen	497
§ 23 Besondere gesetzliche Regelungen.....	497

Verordnung über den Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen – SonntVerkV

§ 1	500
§ 2 (aufgehoben)	500
§ 3	500

Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge (Auszug) – ArbMedVV

§ 1	Ziel und Anwendungsbereich	502
§ 2	Begriffsbestimmungen	502
§ 3	Allgemeine Pflichten des Arbeitgebers	502
§ 4	Pflichtvorsorge.....	503
§ 5	Angebotsvorsorge	503
§ 5a	Wunschvorsorge.....	503
§ 6	Pflichten des Arztes oder der Ärztin.....	504
§ 7	Anforderungen an den Arzt oder die Ärztin	504
§ 8	Maßnahmen nach der arbeitsmedizinischen Vorsorge	505
§ 9	Ausschuss für Arbeitsmedizin	505
§ 10	Ordnungswidrigkeiten und Straftaten	506